WB-EW-01

Wir gestalten unser Einwanderungsland

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	WB.WB-EW Wir gestalten unser Einwanderungsland

Schon immer hat Ein- und Auswanderung Deutschland geprägt und verändert, vor Herausforderungen gestellt und uns als Gesellschaft weitergebracht. In einem Europa der offenen Grenzen und in einer Welt, die durch Handel und Digitalisierung zusammengerückt ist, in der Krisen und Konflikte zunehmen, ist die Migration von Fachkräften und Arbeitsuchenden ein Teil unserer Realität.

Wir wollen diese Einwanderung vernünftig regeln und die Integration fördern, um das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion zu sichern. Wir empfinden es als Reichtum, wenn wir in uns selbst, unseren Familien, Nachbarschaften und den Freundeskreisen unserer Kinder unterschiedlichen Kulturen begegnen.

Für uns zählt nicht, woher ein Mensch kommt, es zählt, wo wo sie oder er hinwill. Wir kennen die Vorteile vielfältiger Gesellschaften: Sie entwickeln sich dynamischer und kreativer als solche in Abschottung.

Deutschland ist im Wettbewerb um den Zuzug von Fachkräften und um die besten Köpfe aus aller
Welt bislang nur mäßig erfolgreich. Auch ist unser Aufenthaltsrecht nicht darauf eingestellt, die Folgen des demografischen Wandels durch die Einwanderung von Arbeitskräften zumindest abzumildern. Unser Einwanderungsrecht ist kompliziert, unübersichtlich und überholt.

Ein modernes Einwanderungsrecht für ein modernes Einwanderungsland

Wir Grünen haben einen Vorschlag vorgelegt, um das Einwanderungsrecht zu liberalisieren und zu entbürokratisieren, ohne die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern zu gefährden. Fachkräfte, deren Ideen und Motivation unser Land dringend braucht, sollen einfacher als bisher einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen können. Wir werden Deutschland attraktiv machen für ausländische Studierende und Menschen, die in Deutschland eine berufliche Ausbildung absolvieren oder sich bei uns beruflich nachqualifizieren möchten. Sie sollen ebenso wie Asylsuchende und Geduldete ihren Aufenthaltsstatus einfacher ändern können, um sich dann als Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten einbringen zu können. Hier lebenden Migrantinnen und Migranten soll es möglich sein, sich länger im Ausland aufzuhalten (etwa aus beruflichen Gründen oder um sich im Herkunftsland zu engagieren),ohne ihren deutschen Aufenthaltstitel zu verlieren. Das ist eine zeitgemäße Einwanderungspolitik.

Wir wollen, dass ein Einwanderungsgesetz durch die Einrichtung eines eigenständigen Einwanderungs- und Integrationsministeriums flankiert wird, in dem alle migrations-, flüchtlings- integrations- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Abteilungen zusammengefasst werden. Dies hat sich in grün-mitregierten Bundesländern bewährt.

Mehr Integration wagen

Integration stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon länger hier leben. Für die, die zu uns kommen, bedeutet Integration der Erwerb der deutschen Sprache, ein Zugang zu guter Bildung, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, perspektivisch der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sowie nicht zuletzt die Integration in die demokratische Wertegemeinschaft.

Wir wollen Einwanderinnen und Einwanderern attraktive Rahmenbedingungen anbieten, denn nur dann werden sie und ihre Familien sich für eine Zukunft in Deutschland entscheiden. Nur wer einen sicheren Aufenthaltsstatus bzw. eine Bleibeperspektive hat, findet die nötige Sicherheit, sich bei uns niederzulassen und sich ins politische und soziale Leben einzubringen. Wir werden für eine qualitativ hochwertige Sprachförderung sorgen, die das Ziel einer zeitnahen Eingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgt. Wir wollen unbürokratische Möglichkeiten für den Mit- bzw. den Nachzug von Familienangehörigen. Das Bildungssystem werden wir so durchlässig gestalten, damit wir auch gegenüber Migrantinnen und Migranten das Versprechen eines sozialen Aufstiegs über gute Bildung einhalten können. Wir werden die Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen und ein verlässliches Bleiberecht während und nach der Ausbildung schaffen.

Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur verlangt allen Anpassungsleistungen ab. Das Band, das eine Gesellschaft der Vielfalt eint und zusammenhält, ist unser Grundgesetz und seine Grundwerte. Bei der Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten und der Freiheit anderer kann es für niemanden Rabatt geben, gleich ob jemand aus Damaskus oder aus Dresden kommt.

Mehr Demokratie für die Einwanderungsgesellschaft

Wir wollen, dass aus Ausländern möglichst bald Inländer mit gleichen Rechten und Pflichten werden. Wir setzen uns für ein liberales Staatsbürgerschaftsrecht ein, das nicht nur schnelle Einbürgerungen, sondern auch das sogenannte Geburtsrecht sowie den Doppelpass ermöglicht. Wer in Deutschland geboren wird, ist für uns deutsch, wenn ein Elternteil einen legalen Aufenthaltstitel besitzt. Wir wollen die willkürliche Regelung, sich zwischen zwei Pässen entscheiden zu müssen, gänzlich abschaffen.

Einwanderinnen und Einwanderer sollen möglichst schnell und möglichst gleichberechtigt am wirtschaftlichen, am kulturellen, am gesellschaftlichen und am politischen Leben teilhaben können. Wir halten es daher für sinnvoll, dass auch Staatsangehörige eines Landes außerhalb der Europäischen Union (Drittstaat) mit ständigem Wohnsitz in Deutschland an kommunalen Wahlen teilnehmen können.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Ein Einwanderungsland braucht ein Einwanderungsgesetz

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb werden wir ein Einwanderungsgesetz vorlegen. Fachkräften ermöglichen wir ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche und schaffen dafür eine Einwanderungsquote mit Punktesystem. Auch ein möglicher Spurwechsel zwischen Asyl und

Einwanderungsrecht hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen. So können Asylbewerber bei entsprechender Qualifikation eine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir wollen bestehende Berufsabschlüsse besser anerkennen und die Arbeitsaufnahme in Deutschland erleichtern.

Hier geboren, hier zu Hause – für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht

Ein zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht muss den Realitäten einer globalisierten Welt gerecht werden. Deshalb wollen wir den Erwerb der Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortprinzip verwirklichen. Wer in Deutschland geboren wird, ist deutsch, wenn sich ein Elternteil hier legal aufhält. Alle, die auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen sich nicht mehr zwischen der einen oder der anderen entscheiden. Wir wollen Einbürgerungen erleichtern. Alle Menschen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht und ausreichende Deutschkenntnisse haben, sollen schneller einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Einwanderinnen und Einwanderern eine Stimme geben

Demokratie und Beteiligung muss in einem Einwanderungsland entlang der Vielfalt der Menschen organisiert werden. Mehr Demokratie heißt für uns auch, dass mehr Menschen mitmachen und sich beteiligen dürfen. So wollen wir das kommunale Wahlrecht nach dem Wohnortprinzip regeln und nicht nach der Staatsbürgerschaft. Dann können auch diejenigen an kommunalen Wahlen teilnehmen, die keinen deutschen oder EU-Pass aber ihren ständigen Wohnsitz hier haben. Menschen, die hier leben, sollen auch mitbestimmen, wie wir zusammenleben.